

UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe in der
EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Nummer 16 · 12. Dezember 2006 · www.cducsu.eu



Fraktionsvorsitzende der Union zu Gesprächen in Brüssel

Die Vorsitzenden der Fraktionen von CDU und CSU in den Landtagen, im Bundestag und im Europäischen Parlament sind zu ihrer jährlichen Tagung in Brüssel zusammengekommen. Auf Einladung des Vorsitzenden der EVP-ED-Fraktion, Hans-Gert Pötering, führten die Fraktionsvorsitzenden Gespräche mit deutschen und europäischen Spitzenpolitikern über die bevorstehende deutsche EU-Ratspräsidentschaft.

(Seite 2)

Inhalt

CDU/CSU-Fraktionsvor-
sitzendenkonferenz
Seite 2

Elmar Brok:
EU – Türkei
Seite 3

Angelika Niebler:
EU-Forschungsförderung
Seite 4

kurz & bündig
Seite 6

ERFOLGREICHER DIALOG FORTGEFÜHRT:

CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende aus Bund und Ländern tagten in Brüssel

Als „fruchtbar“ und „sinnvoll“ haben die Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Werner Langen (CDU) und Markus Ferber (CSU), die diesjährige Tagung der Unions-Fraktionsvorsitzenden von Bund und Ländern in Brüssel bezeichnet. Auf Einladung des Vorsitzenden der EVP-ED-Fraktion, Hans-Gert Pöttering, und der Deutschen Gruppe konnte ein reger Meinungsaustausch mit dem CSU-Vorsitzenden, Ministerpräsident Edmund Stoiber, dem deutschen EU-Kommissar und Vizepräsidenten, Günther Verheugen, sowie mit Kommissionspräsident José Manuel Barroso geführt werden. In allen Gesprächen ging es um die Vorbereitung der deutschen Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2007 sowie um die anstehenden politischen Schwerpunkte der Europäischen Union im nächsten Jahr. Darüber hinaus diskutierten der CDU-Generalsekretär, Ronald Pofalla, und die Fraktionsvorsitzenden mit den Vertretern der CDU/CSU-Gruppe über die künftige Medienordnung, die Energiepolitik, den Stand des Verfassungsvertrags sowie über die neue europäische Chemikalienpolitik REACH.

„Der kontinuierliche Meinungsaustausch zwischen der nationalen und der Länderebene mit wichtigen europäischen Gesprächspartnern bringt für beide Seiten erhebliche Vorteile. Die

Fraktionsvorsitzenden aus den Ländern erhalten die Gelegenheit, sich über aktuelle europäische Fragen zu informieren und gleichzeitig ihre Anliegen kompetent vorzutragen. Die europäische Ebene kann diese regelmäßigen Gespräche, die seit einigen Jahren durchgeführt werden, nutzen, um aus ihrer Sicht auf europäische Entwicklungen, Problemstellungen und Lösungswege hinzuweisen“, erklärten Langen und Ferber.

Insbesondere in den Gesprächen mit Barroso und Verheugen wurden zum Fragen der künftigen Energiepolitik, einer besseren europäischen Gesetzgebung und zur Zukunft der Europäischen Union, auch im Hinblick auf die Grenzen der EU, diskutiert. Im Rahmen des Gesprächs mit Günther Verheugen beanstandeten die Unionspolitiker, dass die Umsetzung der Vogel-schutzrichtlinie und der FFH-Richtlinie zu gewaltigen bürokratischen Behinderungen in Deutschland führe. Die CDU/CSU-Gruppe und Verheugen sagten deshalb zu, eine erneute Initiative zur Überprüfung dieser Richtlinien zu starten. Heftig diskutiert wurde auch über die beabsichtigte Verschärfung der Zulassungsbedingungen für Lotteriespiele in Deutschland und die dadurch aufgeworfenen europäischen Fragestellungen im Zusammenhang mit dem EU-Binnenmarkt und der Wettbewerbspolitik.

ELMAR BROK:

Kommissionsempfehlung zur Türkei ist zuwenig

KEINE WEITEREN VERHANDLUNGSKAPITEL ERÖFFNEN

Scharf kritisiert hat der CDU-Europaabgeordnete Elmar Brok, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, die heutige Kommissionsempfehlung zum weiteren Verfahren in den laufenden Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. „Sowohl die amtierende Ratspräsidentschaft als auch die Kommission haben eingestanden, dass die Suche nach einer Lösung in der Frage des Ankara-Protokolls zur Zollunion an der Unnachgiebigkeit der Türkei gescheitert ist. Es reicht aber nicht aus, wenn die Kommission jetzt als einzige Konsequenz daraus lediglich empfiehlt, die handels- und zollrelevanten Verhandlungskapitel auszusetzen“, erklärte Brok in Brüssel. „Es darf deshalb kein neues Verhandlungskapitel mehr geöffnet werden, bevor die Türkei nicht ihren rechtlichen Verpflichtungen nachgekommen ist“.

Brok erneuerte in diesem Zusammenhang seine Kritik an der EU-Kommission insgesamt und an EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn im Besonderen, die sich ganz offensichtlich nur noch als verlängerten Arm



Elmar Brok MdEP

des Rates verstünden: „Die Kommission hat einen klaren Gestaltungsauftrag. Das bedeutet auch, dass sie nicht zum bloßen Exekutivorgan des Rates herabsinken darf. Genau dies ist aber derzeit der Fall“. Die Kommission schade damit nicht nur dem Ansehen und der Glaubwürdigkeit der EU in der europäischen Öffentlichkeit, sondern schwäche durch ihr passives Verhalten auch ganz entscheidend die Verhandlungsposition der Union gegenüber der Türkei.

Die türkische Seite verstehe aber nur eine klare Sprache. „Premierminister Erdogan ist ein geschickter Taktiker. Er wird das wachweiche Verhalten von Kommission und Rat bei den laufenden Beitrittsverhandlungen als Schwäche verstehen und in seinem Sinne umzumünzen wissen. Solange sich Rat und Kommission nicht endlich zu einer vollständigen Aussetzung der Verhandlungen durchringen können, wird Ankara deshalb auch in der Zypernfrage keinen Millimeter nachgeben“, warnte Brok abschließend.

ANGELIKA NIEBLER:

Europaparlament verbessert EU-Forschungsförderung

EUROPAPARLAMENT BILLIGT FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMM 2007-2013

In der EU-Forschungsförderung werden künftig neue Akzente gesetzt. Das Europäische Parlament billigte in zweiter Lesung das so genannte Siebte Forschungsrahmenprogramm. Damit wird die europäische Forschungspolitik 2007 bis 2013 festgelegt. Das Budget beträgt insgesamt 54 Milliarden Euro.



Angelika Niebler MdEP

Die wesentliche Neuerung des künftigen Programms ist die Einrichtung des Europäischen Forschungsrates (EFR). Er soll nach dem Vorbild der Deutschen Forschungsgemeinschaft gezielt die Grundlagenforschung in der EU unterstützen. „Das ist ein wichtiger Schritt für die Spitzenforschung in Europa“, sagte die CSU-Europaabgeordnete Angelika Niebler, die als Berichterstatterin für den Forschungsrat zuständig war. „Nahezu alle bahnbrechenden Erfindungen beruhen auf Erkenntnissen der Grundlagenforschung.“

Dem Parlament ist es gelungen, dem Forschungsrat ein hohes Maß an Autonomie zu garantieren. Im EFR werden ausgewählte Forscher im wissenschaftlichen Beirat selbst über die Förderung vielversprechender Spitzenprojekte entscheiden. Die Arbeit des For-

schungsrates wird zu dem transparenter sein als von der Kommission ursprünglich vorgeschlagen. So setzte das Parlament durch, dass die Amtszeit der Mitglieder des wissenschaftlichen Beirates durch ein Rotationssystem begrenzt wird. Ebenfalls klar begrenzt werden die Verwaltungsausgaben. „Wir konnten mit der Decke-

lung von fünf Prozent des Budgets erstmalig einen maximalen Kostenrahmen fixieren“, sagte die CSU-Europaabgeordnete. „Das ist ein Erfolg des Parlaments. Es ist besser, wenn das Geld in die Forschung und nicht in die Verwaltung geht.“

Wichtig war dem Parlament auch, die Entscheidung über die endgültige Struktur des Forschungsrates erst nach einer Testphase zu treffen. Bis 2010 werden die Erfahrungen mit dem ERC einer unabhängigen Bewertung unterworfen werden. Erst danach fallen Rat und Parlament gemeinsam die Entscheidung.

Der Rat muss der Vereinbarung jetzt noch zustimmen, was als Formsache gilt. Das neue Forschungsrahmenprogramm kann dann zum 1. Januar 2007 in Kraft treten.

WERNER LANGEN UND MARKUS FERBER:

Ein Jahr Bundeskanzlerin Merkel: Positive Bilanz für Europa

DEUTSCHLAND WIEDER TREIBENDE KRAFT IN DER EU

Das erste Regierungsjahr von Angela Merkel ist ein europapolitischer Erfolg. „Unter der Führung der Bundeskanzlerin ist Deutschland wieder zur treibenden Kraft in der EU geworden. Wir sind wieder respektierter Partner und aktiver Gestalter“, sagten der Vorsitzende und der Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Werner Langen und Markus Ferber.

Angela Merkel spielt auf der europäischen Bühne eine überzeugende Rolle. „Die Bundeskanzlerin beeindruckt durch Sachverstand und Fingerspitzengefühl. Man merkt, welche zentrale Bedeutung sie einer erfolgreichen Europapolitik zumisst. Dazu gehört auch, dass es nach jahrelanger Auseinandersetzung mit Brüssel jetzt wieder eine nachhaltige Haushaltspolitik in Berlin gibt. Die Einhaltung des Stabilitätspaktes ist für seinen Erfinder Deutschland sehr wichtig, stärkt das Vertrauen in den Euro und bringt notwendigen politischen Gestaltungsspielraum zurück.“



*Werner Langen MdEP, Markus Ferber MdEP
und Bundeskanzlerin Angela Merkel*

Mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft kommen zwei zentrale Themen auf die Tagesordnung. „Ohne eine sichere Energieversorgung kann Europa nicht leben. Damit werden sich Deutschland und die EU-Partner intensiv befassen. Für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft sind Fortschritte bei der besseren Rechtsetzung notwendig. Das Thema Bürokratieabbau hat sich die Bundesregierung auf die Fahnen geschrieben“, sagten Langen und Ferber.

kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

■ **Debatte über Situation im Nahen Osten**

Der Konflikt im Nahen Osten hat auch das Europäische Parlament beschäftigt. Bei einer Debatte gemeinsam mit Vertretern der Europäischen Kommission und des Ministerrates sagte der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, **Hans-Gert Pöttering** (CDU): „Die Situation ist gefährlich, weil sie von einer ständigen Eskalation zwischen den gegnerischen Parteien begleitet ist, weil eine zunehmende Einflussnahme auswärtiger Mächte - wie Syrien oder dem Iran - besteht.“ Pöttering betonte, eine militärische Lösung werde es für den Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis nicht geben.

■ **EVP-ED-Fraktion begrüßt Einigung zur Dienstleistungsrichtlinie**

Starken Zuspruch in der EVP-ED-Fraktion hat die Einigung zur Dienstleistungsrichtlinie bekommen. Auf der Plenartagung in Straßburg im November hat das Europäische Parlament dem umstrittenen Gesetzgebungsvorhaben zugestimmt. Auch die für den Themenbereich zuständige stellvertretende Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, **Marianne Thyssen** (Belgien) und der Koordinator der EVP-ED-Fraktion für den Binnenmarktausschuss, **Malcolm Harbour** (Großbritannien) unterstützten den zuvor ausgehandelten Kompromiss. Beide bezeichneten die Einigung als „eine gute Balance“ zwischen der

Öffnung der Dienstleistungsmärkte und den berechtigten Schutzinteressen der Arbeitnehmer und Verbraucher. Mit der Richtlinie soll es für Dienstleister einfacher werden, Aufträge in anderen EU-Staaten anzunehmen.

■ **Bessere parlamentarische Kontrolle der WTO verlangt**

Für mehr Transparenz bei den Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO hat sich der Koordinator der EVP-ED-Fraktion im Ausschuss für Internationalen Handel des Europäischen Parlaments, **Robert Sturdy** (Großbritannien) ausgesprochen. Sturdy forderte dazu eine bessere Einbindung der Parlamente in die internationalen Handelsverhandlungen. Dies sei vor allem in Bezug auf die Doha-Runde wichtig, sagte Sturdy am Rande des parlamentarischen Treffens der WTO in Genf.

■ **Bessere Zusammenarbeit der Ostsee-Anreinerstaaten**

Neue Maßnahmen zum Schutz der Ostsee unterbreitet ein jetzt vom Europäischen Parlament beschlossener Bericht. Der von EVP-ED-Mitglied **Alexander Stubb** (Finnland) erarbeitete Bericht setzt sich unter anderem für ein jährliches Gipfeltreffen der Ostsee-Anreinerstaaten ein. Der Bericht betont unter anderem, dass die Fischbestände in der Ostseeregion geschützt und aufgestockt werden müssen. Die Kommis-

sion wird aufgefordert, einen umfassenden Plan zu erstellen, um die Naturlachsbestände im Wassersystem der Ostsee durch die Nutzung aller Laichflüsse zu erhalten und wiederherzustellen. Der Bericht widmet sich aber nicht nur dem Schutz von Natur und Umwelt. Auch die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit der Ostseeländer soll verbessert werden. Dazu wird auch der prioritäre Ausbau der „Via-Baltica-Autobahn“ mit EU-Mitteln gefordert.

■ Mehr Religionsfreiheit in China

Mehr Religionsfreiheit in China haben die beiden EVP-ED-Abgeordneten **Simon Coveney** (Irland) und **Edward McMillan-Scott** (Großbritannien) gefordert. Ein von ihnen zu diesem Thema organisiertes Seminar im Europäischen Parlament beschäftigte sich auch mit der Unterdrückung von Mitgliedern der Falun Gong Sekte. Dazu sprach unter anderem der für den pazifischen Raum zuständige Staatssekretär im kanadischen Außenministerium, David Kilgour. Zudem waren Vertreter verschiedener Religionsgruppen, neben Christen auch Muslime und Buddhisten, anwesend. Coveney: „Die Europäische Union entwickelt engere politische und wirtschaftliche Beziehungen zu China. Dabei dürfen wir nicht davor zurückschrecken, Fragen zu den Menschenrechten zu stellen“.

■ Europaabgeordnete treffen Parlamentarier aus den Mittelmeerstaaten

Die Beziehungen der Europäischen Union zu den Mittelmeerstaaten war Thema eines Treffens Anfang Dezember zwischen Europaabgeordneten und Parlamentariern unter anderem aus Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, Syrien, Tunesien und der Türkei. Die Sitzung im Rahmen der für die Beziehungen zwischen Europa und den Mittelmeerstaaten zuständigen Euromed-Versammlung wurde eröffnet durch den stellvertretenden Vorsitzenden der EVP-ED-Fraktion, **Vito Bonsignore** (Italien), den Präsidenten des jordanischen Unterhauses, Abdel Hadi Majali sowie Dr. Hardy Ostry von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Thema war auch der Friedensprozess im Nahen Osten. „Die Basis für den Frieden im Nahen Osten ist eine Garantie sowohl für Israel als auch einen palästinensischen Staat, in sicheren Grenzen leben zu können. Anders als Diplomaten handeln Abgeordnete ohne Befehle einer Regierung. Ein solches Treffen von Abgeordneten aus Europa und den Staaten des Mittelmeers kann deshalb helfen, neue Lösungsansätze für den Nahostkonflikt zu finden“, so Bonsignore.

*Lasse Böhm, EVP-ED-Pressestelle
lboehm@europarl.eu.int*

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament. **Für den Inhalt verantwortlich:** Dr. Werner Langen MdEP, Markus Ferber MdEP. **Redaktion:** Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-757 75, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 0 22 26-802-0. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. **Herstellung:** VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Frohe Weihnachten und ein gesegnetes neues Jahr



**DIE CDU/CSU-GRUPPE IN DER EVP-ED-FRAKTION
IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT
WÜNSCHT ALLEN LESERINNEN UND LESERN
EIN FROHES UND GESEGNETES WEIHNACHTSFEST
UND EIN ERFOLGREICHES JAHR 2007.**

„Union in Europa“ erscheint ab Januar als E-Mail-Newsletter

Ab Januar 2007 wird die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament ihr Informationsangebot um einen elektronischen Newsletter erweitern. Unter dem Ihnen bekannten Titel „Union in Europa“ (UiE) wird dieser Newsletter mit rund 20 Ausgaben im Jahr erscheinen und den gedruckten Informationsdienst ablösen.

Neben der aktuellen Berichterstattung aus dem Europäischen Parlament wird der neue UiE-Newsletter über wichtige europapolitische Themen informieren. Mit diesem modernen Online-Kommunikationsinstrument werden Sie noch schneller informiert, da durch den E-Mail-Versand der lange Postweg entfällt.